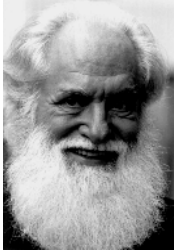


Gerhard Beier (†)

## Wenn die Solidarität stimmt... Aufbruch in schwieriger Zeit

---



*Dr. phil. habil Gerhard Beier, geb. 1937 in Flensburg, gest. am 13. Dezember 2000 in Kronberg/Ts., war einer der führenden deutschen Gewerkschaftshistoriker (s. Nachruf in Heft 1/2001). Er hat aktuelle gewerkschaftliche Entwicklungen immer wieder in ihren historischen Zusammenhang gestellt. Über die historische Dimension der ver.di-Gründung hat er im Februar 2000 einen Vortrag bei der ÖTV in Marburg/L. gehalten, den wir stark gekürzt dokumentieren.*

---

Die „moderne“ Arbeiterbewegung hat das ehrwürdige Alter von 150 Jahren erreicht. Genossenschaftsbewegung, Kulturvereine, Gewerkschaften und politische Parteien entwickelten sich seit 1848 europaweit als die vier großen Säulen einer sozialen und demokratischen Bewegung, die zur organisatorischen Basis unserer politischen Kultur geworden ist. Dieser Prozess beruhte und beruht wirtschaftsgeschichtlich auf der Entwicklung gewerblicher und industrieller Produktion, wie das vorhergehende feudale Zeitalter auf der landwirtschaftlichen und die politisch-ökonomische Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach auf differenzierten Dienstleistungen. Seit etwa hundert Jahren tritt zu der industriellen Produktion das internationale Finanzkapital, seit fünfzig Jahren die so genannte zweite industrielle Revolution in Form der Automatisierung, seit fünfundzwanzig Jahren die elektronische Revolution, deren vorläufigen Höhepunkt wir als Zeitgenossen der zweiten Jahrtausendwende miterleben.

Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung waren durch die Auflösung des Feudalismus und seiner zünftlerischen Wirtschaftsordnung gekennzeichnet. An ihre Stelle trat die Herrschaft des Industrie-, später des Finanzkapitals auf der einen Seite, der sozialistischen Arbeiterbewegung auf der anderen. Die vielberufene „historische Mission“ der Arbeiterbewegung bestand darin, dass erstmals in der Weltgeschichte eine mehrheitliche soziale Klasse heranwuchs, deren gemeinsames Interesse sich nicht auf Ausbeutung der Mehrheit der Gesellschaft durch eine privilegierte Minderheit stützte, sondern auf das Prinzip der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe. Die christliche Lehre der Nächstenliebe verweltlichte sich im Gedanken der materiellen Unterstützung aller arbeitenden Menschen zum gemeinsamen Vorteil. Dergestalt sollte eine dauerhafte Gesellschaft der Gleichen und Freien konstituiert werden, weil der gesellschaftliche Wohlstand nicht aus der Unterdrückung der Schwachen, sondern aus der wechselseitigen Unterstützung erwuchs. Solidarität, Gerechtigkeit und

Freiheit bilden deshalb den unverzichtbaren Dreiklang im Kanon der Grundwerte von Gewerkschaften, Parteien, Genossenschaften und Kulturorganisationen, die der verbindenden und verbindlichen Ethik der gemeinsamen sozialen Bewegung entsprechen. Dazu rechne ich neben der Sozialdemokratie sowohl die christlich-soziale als auch die sozial-liberale und die sozial-ökologische Komponente. Carlo Schmid hat nicht ohne Grund vor fünfzig Jahren gemeint, der demokratische Sozialismus sei letztlich die höchste Entwicklungsstufe des Liberalismus, d. h. der Ideale der Französischen Revolution: Liberté, Egalité, Fraternité, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder - wie es heute in den Programmen aller großen Parteien und des DGB heißt: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Der an sich harmonische Dreiklang von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist nicht ohne Dissonanzen, die sich teils aus der ungleichen historischen Entwicklung, teils aus neuen Produktivkräften und nicht zuletzt aus menschlicher Unzulänglichkeit im Umgang mit beiden ergeben. Nach hundertfünfzig Jahren stürmischer Entwicklung sind Grundwerte und ihre organisatorischen Manifestationen zu überprüfen. Das gilt nicht nur für die Gewerkschaften. Ich halte es für keinen Zufall, dass die einst so erfolgreiche Philipp Holzmann AG unmittelbar nach ihrer Hundertfünfzigjahrfeier in eine schwere Krise stürzte. Ähnliches galt in Nordhessen für die Firma Gebrüder Henschel, im Osten für die Chemie auf Braunkohlebasis, im Ruhrgebiet für den Steinkohlebergbau und große Teile der Eisen schaffenden Industrie. Manche Strukturkrise wurde jahrzehntelang durch den Ost-West-Konflikt überdeckt, um nach seiner Überwindung umso dramatischer aufzubrechen.

Die Krise der Arbeiterkulturbewegung seit den fünfziger Jahren, der Zusammenbruch des gemeinwirtschaftlichen Komplexes mit Neuer Heimat, coop und BGAG vor fünfundzwanzig Jahren - das kann hier nur angedeutet werden. Gleichzeitig lief der Flick-Skandal, aus dem Teile des Systems der Schwarzen Kassen entstanden sind, um deren Bereinigung heute gekämpft wird.

Die Rolle der großen Volksparteien, die derselben epochalen Konstellation entsprangen, steht aktuell im Mittelpunkt der Krisen-debatte. Die Gründe liegen nicht nur im Fehlverhalten einzelner Personen in der Verantwortung, auch nicht nur in der Verschleppung notwendiger Korrekturen, sondern in der gesellschaftlich-moralischen Fundierung des ganzen Parteiensystems in Deutschland und Europa.

### **Die Gewerkschaften im Wandel**

Die Gewerkschaften sind von gleicher fundamentaler Bedeutung für den wirtschaftsdemokratischen Sozialstaat wie die Parteien für den Bestand der politischen Demokratie. Sie finden sich im Grundgesetz durch Artikel 9 und das Koalitionsrecht höherrangig geschützt als die Parteien. Mit wachsender Besorgnis muss man beobachten, dass Gewerkschaften auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen immer weniger Beachtung finden. Täglich wird mehrfach und ausführlich über den Stand der Börse in Frankfurt und New York berichtet, obwohl das Auf und Ab der Börsenkurse wahrlich keine telegene Angelegenheit ist. Aber wo finden sich entsprechende Berichte über Gewerkschaftstage, über Betriebsratswahlen und die täglichen Erfolge oder Misserfolge an der Organisationsfront - von der gewerkschaftlichen Internationale ganz zu schweigen? Jeden Abend, wenn mir die Wettervorhersage als Leistung der Dresdner Bank präsentiert wird, möchte ich vor Wut auf die Glotze schlagen: Wo bleibt in diesem Zusammenhang die Industriegewerkschaft Agrar, Bauen, Umwelt? Wo bleiben die organisierten Kollegen vom Wetterdienst? Mindestens im Abspann verdienen sie

eher Erwähnung als jene Banklöwen, die das Geld ihrer Sparer in die Eigenwerbung ihres Instituts stecken und mir damit das Abendprogramm verderben. Bei Talkshows werden die Wirtschaftsverbände überproportional beteiligt. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden nur alle Jubeljahre eingeladen.

Wir leben in einer Mediengesellschaft, zunehmend auch in einer Mediendemokratie. Vielleicht wird daraus die zeitgemäße Form direkter Demokratie, wenn man etwa an die Möglichkeit von TED-Umfragen denkt. Aber es darf nicht sein, dass nur jene Wirtschaftskräfte in den Medien dargestellt werden, die sich über ihren Werbeetat in die Programmgestaltung einkaufen. Es reicht nicht aus, dass ein Gewerkschafter an der Spitze eines Rundfunkrates sitzt. Der Anteil der arbeitenden Menschen am Reichtum der Nation muss in der Programmgestaltung angemessen zum Ausdruck kommen - bis hin zur Werbung für die Mitgliedschaft in der großen Volksgewerkschaft, die der DGB darstellt!

Und nun zum Kern der Sache: Mit Recht würde ein Aufschrei durch die Medienlandschaft gehen, wenn Gewerkschafter aufträten, um Staats- oder Wirtschaftshilfe einzufordern. Gewerkschaften, die von Unternehmern subventioniert und ausgehalten werden, sind mit einer demokratischen Wirtschaftsverfassung unvereinbar. Die berüchtigten „Gelben Verbände“ wurden in der Revolution von 1918 in Deutschland abgeschafft. Nicht einmal die Nazis haben gewagt, sie wieder zum Leben zu erwecken. Stattdessen schufen sie mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) eine Einheitsorganisation als Staatsgewerkschaft. Sie hatte den Stopplohn zu akzeptieren, der ab 1933 vorgeschrieben und staatlich garantiert war. Sie diente vor allem der Stärkung von Rüstung, der Kriegswirtschaft und der Ruhigstellung von Belegschaften, wenn zehn Stunden und mehr gearbeitet werden musste. Auch der FDGB in der früheren DDR war keine freie Gewerkschaft, sondern ein Staatsverband, der sich Partei- und Staatsführung unterordnen musste und der Planerfüllung zu dienen hatte.

Die einzig mögliche freiheitliche und demokratische Organisationsform von Gewerkschaften ist die auf Beiträge und freiwillige Dienstleistungen der Mitglieder gegründete. Gegen eine flankierende Unterstützung in der Lohnbuchhaltung, durch Solidaritätsbeiträge und ein System von Arbeiterkammern ist zwar nichts einzuwenden. Aber staatlich finanzierte Gewerkschaften - das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Das widerspricht dem Ethos der Gewerkschaftsbewegung und ihrer andauernden wirtschaftsdemokratischen Aufgabe.

Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist eine Frage der Vernunft, der Moral und des gesellschaftlichen Anstands. Wer sich als Trittbrettfahrer durch das Berufsleben mogelt, die Beiträge Monat für Monat einspart, aber alles mitkassiert, was an gewerkschaftlichen Erfolgen erzielt wird, der ist kein „schlaues Hund“, wie er in seiner egoistischen Borniertheit glauben mag, sondern ein unanständiger Mensch. Ein ordentliches und ehrliches Beitragssystem in Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen muss das Selbstverständlichste von der Welt sein. Daraus folgt übrigens auch, dass gewerkschaftsfreundliche und damit demokratisch orientierte Regierungen in Bund und Ländern, in Städten, Kreisen und Gemeinden nicht zuletzt am gewerkschaftlichen Organisationsgrad ihrer Belegschaften zu messen sind. Aber man sollte sich nicht in die Tasche lügen. Die Opferbereitschaft der Mitglieder und die Organisationsbereitschaft der Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Der egoistische, auf kurzfristigen Lustgewinn ausgerichtete Zeitgeist bläst den Gewerkschaften ins Gesicht. Die Bereitschaft zur langfristigen Bindung an Großorganisationen - egal ob Kirchen, Parteien oder Gewerkschaften - hat auf beängstigende Weise nachgelassen. Wenn es dafür nur eine Ursache gäbe, ließe sie sich gezielt ausräumen, aber es handelt sich um ein ganzes Bündel von widersprüchlichen Fak-

toren in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen des Bewusstseins wie der materiellen Erfahrung.

Hier seien in unsystematischer Reihenfolge, weil sie uns auch in dieser ungeordneten Form begegnen, Schlagworte genannt: *Flexibilisierung und Entpersönlichung; Professionalisierung; Rückzug aus der Fläche; Unübersichtlichkeit; Entsolidarisierung; Feminisierung; Sklerotisierung; Medialisierung; Virtualisierung; Europäisierung; Globalisierung; Akzeleration als exponentielle Beschleunigung; Integration als Einvernahme; diffuse Widersprüchlichkeit; Geschichtsverlust als Ende der Arbeiterbewegung; Wertewandel; Wertverlust bis hin zur Entmoralisierung.*

Alle spüren einen Umbruch der Verhältnisse, der ihnen aufgezwungen wird, den sie nicht mehr in der Hand haben und kaum noch zu begreifen vermögen. Man denke beispielsweise an die feindliche Übernahme von Mannesmann und an die 60 Millionen, die Klaus Esser als Opfer und Täter in diesem Zusammenhang kassieren darf.

Das schafft Unsicherheit, schürt Zorn und Verzweiflung, bei den Vielen, die am Ende ihres arbeits- und opferreichen Lebens nichts anderes zu erwarten haben als einen Quadratmeter vom Totenacker. Das macht Angst. Alle igeln sich ein, ziehen sich aus Bindungen zurück und verstärken damit den gesellschaftlichen Erosionsprozess, den es eigentlich zu beherrschen, zu stoppen und umzukehren gilt.

### **Problemlösungen in schwieriger Lage**

Wie kommt man aus dieser misslichen Lage in schwieriger Zeit hinaus? Das Projekt Ver.di ist ein Ansatz, um die Probleme, von denen kleine Organisationen stärker betroffen sind als große, endlich in den Griff zu bekommen. Das Beste an dem Projekt – es sei mit der künstlerischen Freiheit des freien Schriftstellers formuliert – ist sein Name, denn er spricht für Kreativität: Er erinnert an die revolutionäre Situation vor 150 Jahren, an das „Risorgimento“ als Vereinigung auf höherem Niveau. Man hört die Sizilianische Vesper, den Maskenball, Don Carlos, Othello und Aida, den Triumphmarsch – aber auch die Macht des Schicksals und das Requiem. Grund genug, um nachdenklich zu bleiben.

Überblickt man die Entwicklung von den Zünften und den ersten Berufsverbänden vor 150 Jahren über die „Arbeiterverbrüderung“, die „Erste Internationale“ und die vielen Stationen zur Schaffung von Gewerkschaftsbünden für Arbeiter, Angestellte und Beamte muss man wohl eingestehen, dass es keine eindeutigen Erfolgsrezepte gibt, die sich aus der Geschichte ableiten und der gegenwärtigen Entwicklung überstülpen lassen.

Wenn die Solidarität stimmt, dann können alle Formen funktionieren, sogar die formlose der Anarchie. Wo die Solidarität nicht mehr stimmt, sind alle Formen problematisch, ob groß, klein oder mittel. Grundlage aller gewerkschaftlichen Organisation ist die Solidarität. Sie erwächst aus der Einsicht in die gemeinsame Lage, aus dem solidarischen Kampf und der unmittelbaren Erfahrung gegenseitiger Hilfe. Sie steigert sich durch das geistige Band, insbesondere durch ein gut gestaltetes und gerne gelesenes Organ. Sie erreicht ihre Ziele durch kompetente Führung und leidenschaftlichen Einsatz für die gemeinsame Sache.

Solidarität meint die gesellschaftliche und mentale Verbundenheit aller Menschenkinder, gleich welcher Rasse, Klasse, Nationalität, unabhängig von Alter, Qualifikation und Stand. Sie verlangt Hilfsbereitschaft der jeweils Bessergestellten gegenüber den weniger glücklichen Mitgliedern des Menschengeschlechts, unter den Nächsten und Fernsten. Sie verlangt ein formelles und informelles System gegenseitiger Hilfe und steht damit dem Ideal einer

sozialistischen Gesellschaftsordnung näher als die anderen beiden Grundwerte. Die Solidarität der Herrschenden gegenüber den Unterdrückten verdient dieses Wort nicht, denn es handelt sich dabei um „Komplizität“, um Komplizenschaft zur Erhaltung und zum Ausbau von Ungerechtigkeit durch Klassenschranken in einer Gesellschaft der Ungleichen. Solidarität der Schwächsten untereinander, gegen Privilegien und illegitime Herrschaft bleibt dagegen oft genug die letzte Chance der Unterdrückten im Kampf um ihr Menschenrecht. Das Pathos der Solidarität findet sich in der Nächstenliebe, im sozialen Kampf, im gewaltfreien Widerstand und in der Bereitschaft, notfalls sein Leben für die gemeinsame Sache einzusetzen. Die intensive gleichberechtigte Zusammenarbeit von Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kulturorganisationen zählt zu den wichtigsten Aktionsformen der Solidarität im Sinne der Geschichte der Arbeiterbewegung. Dieses Ideal steht, auch wenn die Organisationsformen sich wandeln.

In den deutschen Gewerkschaften erkenne ich drei Ansätze zur Problemlösung in schwieriger organisatorischer Lage:

1. Stärkung der Industriegewerkschaften, der Organisationen im traditionellen Bereich der Arbeiterschaft und der gewerblichen Wirtschaft unter Führung der IG Metall. Dieser große und vorbildliche Verband ist finanzstark und aktionsfähig. Es ist keine Phrase, wenn dieser Verband sagt „Alle Räder stehen still...“ Diese Kampffähigkeit und -bereitschaft der Metallarbeiterschaft bildet den Kern der Gewerkschaften als Gegen- und Ordnungsmacht in der gegenwärtigen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Internationale.

2. Sicherung des Gewerkschaftsbundes mit seinen unverzichtbaren Aufgaben der Koordinierung, der Vertretung in der Internationale, der Einflussnahme auf Parlament und Regierung, der programmatischen Entwicklung auf sozialwissenschaftlicher Grundlage. Man kann sich beim DGB auch die Möglichkeit der Organisation von Einzelgängern und beruflichen Sonderlingen wünschen, die keinem Betrieb angehören, sich aber der gemeinsamen Sache solidarisch und lebenslänglich verbunden wissen.

3. Das Projekt einer großen allgemeinen Dienstleistungsgewerkschaft, die der IG Metall an Finanzkraft und organisatorischer Stärke vergleichbar ist und Organisationen, die neben der Gewerkschaft ÖTV eine immer schwierigere Zukunft zu meistern suchen, eine neue organisatorische Basis bietet, um das Verbindende auszufeuchten und das historisch Besondere nicht untergehen zu lassen. Die organisatorischen Einzelheiten eines solchen Zusammenschlusses sind sicher kompliziert genug. Aus der historischen Erfahrung heraus lässt sich versichern, dass ähnliche Fusionsprozesse in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wiederholt in Jahresfrist geschafft wurden. Das waren freilich meistens erzwungene, um nicht zu sagen erpresste Fusionsprozesse. Das Große an der gegenwärtigen Bewegung ist ihr freiwilliger Charakter, dass sie aus innerer Einsicht und nicht aus äußerem Zwang erfolgt.

Es gibt objektive Gründe, die das Projekt der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft mit historischer Gewissheit zum Erfolgsmodell machen: der wirtschaftliche und soziale Wandel von einer gewerblich ausgerichteten Industriegesellschaft zu einer wissenschaftlich fundierten Dienstleistungsgesellschaft. Wer die Sozialgeschichte der vergangenen fünfhundert Jahre überblickt, für den besteht gar kein Zweifel, dass auf die Agrargesellschaft die Industriegesellschaft gefolgt ist, und dass diese Industriegesellschaft von einer Dienstleistungsgesellschaft abgelöst werden wird. Vor falschen Erwartungen, was den zeitlichen Rahmen anlangt, sei jedoch gewarnt. Der Rückgang der Agrargesellschaft ist seit 200 Jahren zu beobachten, und der Bauernverband spielt noch immer eine wichtige Rolle. In viel größerem

Maße werden industrielle und gewerbliche Produktionsformen auch in Zukunft notwendig sein, um den Bedarf und die prinzipiell unbegrenzten Bedürfnisse der Menschheit nach verbessertem Konsum zu befriedigen.

Die entscheidende Frage lautet: Wem dient das Projekt Ver.di und zu welchem Zweck soll diese Organisation funktionieren? Wenn sie als Hebel benutzt werden soll, um die Kraft der Gewerkschaft ÖTV zu brechen, dann verbietet sie sich. Wenn andere den Zweck verfolgen sollten, in Frontstellung gegen kämpferische Industriegewerkschaften eine Großagentur zur Zähmung der gewerblichen Dienstleister, der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzubauen, dann ist das Projekt ebenfalls verfehlt. Ver.di taugt auch nicht als Konkurrenz zum DGB und seiner Zielsetzung.

Es wird darüber philosophiert, ob Ver.di ein eigenes Grundsatzprogramm benötigt. Ich will nicht auf einem perfekten Programmtext bestehen, der jedem Mitgliedsbuch beigeheftet werden muss. Aber ich halte die Klarheit im Grundsätzlichen für eine unabdingbare Voraussetzung, wenn das Projekt Ver.di gelingen soll. Diese Gewerkschaft darf nicht als Vorstufe zur Verstaatlichung des Gewerkschaftswesens dienen. Sie darf sich weder Regierung noch Parlament unterordnen, wenngleich sie der Verfassung und den Gesetzen selbstverständlich unterworfen bleibt. So grundlegend die Philosophie der Arbeit für die allgemeine gewerkschaftliche Programmatik sein mag, so fundamental ist die Philosophie des Dienstes für Ver.di.

Man schaue in die Reden eines der Väter des Grundgesetzes, des späteren hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn, um zu verstehen, was „Dienst“ bedeuten kann. Zinn meinte 1947, als es um die Grundlagen des Arbeitsrechts ging, noch bevor es wieder einen deutschen Staat gab: „So wird eines Tages das Gesetzbuch der Arbeit, das den schaffenden Menschen in den Mittelpunkt unseres rechtlichen Lebens stellt, das große gesetzgeberische Werk sein, durch das sich unsere Zeit im Dienste des Menschlichen ein neues Denkmal setzt.“ Wenig später bezog er sich auf die Arbeiter im öffentlichen Dienst und meinte damit den „Dienst als Dienst am Volke“, man würde heute sagen „an der Gesellschaft“. Erläuternd fügte er hinzu: „Das Zeitalter des Obrigkeitsstaates mit seinen griesgrämig oder hochfahrend Untertanen abfertigenden Beamten gehört der Vergangenheit an.“ Er sprach vom Dienst am Fortschritt der Menschheit und „für das gemeine Beste“. Zehn Jahre nach dem ersten Zitat beobachtete Zinn voller Sorge, wie seine idealen Vorstellungen zu scheitern drohten. Er sagte im April 1957 in Frankfurt am Main mit geradezu prophetischen Worten: „Der Entartung der deutschen Demokratie durch den Einfluss kleiner, aber mächtiger Interessengruppen, ihrer Korruption durch Art und Form der Finanzierung politischer Gruppen muss der hart und entschlossen geführte Kampf um das allgemeine Wohl entgegengesetzt werden. Mit anderen Worten, die politische Macht muss wieder in den Dienst des Menschen schlechthin, seiner Würde und damit des Sozialismus gestellt werden.“ Man würde heute sagen: des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates und einer solidarischen Gesellschaft.

Georg-August Zinn wäre 2001 hundert Jahre alt geworden. Im gleichen Jahr soll die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di das Licht der Welt erblicken. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, eine Organisation zu schaffen, die nicht nur effektiv organisiert ist, sondern auch der hoch gesteckten Programmatik des öffentlichen Dienstes im freiheitlichen und demokratischen Sozialstaat gerecht werden kann, wie sie von Zinn und seinen Mitstreitern visionär erkannt wurde.